Mangel an „Medizinberuflern“ ist erheblich

Ärzte müssen auch in Zukunft nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten

Angst vor Arbeitslosigkeit? Nicht für Menschen in Heil- und Pflegeberufen! Vielmehr werden Ärzte – und erst recht Kranken- sowie Altenpfleger – in Deutschland oft geradezu händeringend gesucht. Der heimische Arbeitsmarkt kann den Bedarf schon lange nicht mehr decken. Immer mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland müssen die großen Personallücken füllen.

Ärzte wie auch Pflegekräfte sind vielerorts rar in Deutschland – das zwingt die Arbeitgeber zu besseren Arbeitsbedingungen.

Ein Mangel an Arbeitskräften stärkt von jeher die Position der Beschäftigten. Das haben vor allem die Ärzte erkannt, ihre Chance genutzt und in bare Münze umgewandelt. Sie haben sich im Jahr 2006 erstmals eigene Tarifverträge erstreikt. Zuvor hatte der Marburger Bund (MB) die Tarifgemeinschaft mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi aufgekündigt. Die Ärzte sahen mit dem übermächtigen Partner, der alle Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes vertritt, ihre Anliegen nicht mehr ausreichend vertreten.

Seit dieser Zeit sind zum Beispiel die Gehälter der Ärzte an kommunalen Kliniken durchschnittlich etwa um 2,5 % pro Jahr gestiegen. Verdiente ein Assistenzarzt im vierten Berufsjahr 2006 noch 4.000 € im Monat, sind es jetzt 4.890 € – ohne Zuschläge. 2010 einigten sich die Tarifpartner darauf, dass junge Ärzte die nächsthöhere Entgeltstufe ein halbes Jahr früher als zuvor erreichen können.

Der MB, der sich zwangsläufig von einem Ärzteverband zu einer voll funktionsfähigen Gewerkschaft entwickeln musste, hat bei seinem Kampf für arzt spezifische Tarifverträge immer betont, dass es ihm nicht nur um einfache Tarifierhöhungen gehe, sondern auch um mehr Anerkennung für Bereitschafts- und Wochenenddienste oder um bessere Arbeitsbedingungen. Im vergangenen Jahr setzte er für Ärzte an

kommunalen Kliniken eine durchschnittliche Erhöhung der Bereitschaftsdienstentgelte um 7,1 % durch. Verbesserungen wurden auch bei der Zahl der Urlaubstage und der Höchst arbeitszeitgrenze (Reduktion von 60 auf 58 Wochenstunden) erzielt. Hier wurde zudem der Ausgleichszeitraum zur Berechnung des Durchschnitts von einem Jahr auf sechs Monate gesenkt.

Schere zwischen Ärzten und Pflegeern soll nicht zu weit klaffen

Bei den Tarifabschlüssen wurde aber auch von Arbeitgeberseite darauf geachtet, dass die Schere bei den Tarifsteigerungen zwischen Ärzten und Pflegekräften nicht zu weit auseinandergeht. Dies, so befürchtet ein Verdi-Sprecher, könnte zu Unruhe in den Krankenhäusern führen. Der Kuchen, den es zu verteilen gebe, sei begrenzt, demzufolge werde die Konkurrenz unter den Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern möglichst große Stücke sichern wollen, immer schärfer.

Die Personalentwicklung im ärztlichen und im Pflegedienst ist in den vergangenen Jahren unterschiedlich verlaufen. So ist die Zahl der Ärzte in den Kliniken nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zwischen 2004 und 2014 von 117.681 auf fast 151.000 gestiegen. Im Pflegedienst gab es dagegen ein Auf und Ab. Waren zur Jahrtausendwende noch über 332.000 Pflegekräfte in den Kliniken beschäftigt, sank ihre Zahl in den

folgenden sieben Jahren um 34.000. Seitdem geht es aber auch hier wieder bergauf. Ende 2014 registrierte Destatis wieder fast 319.000 Pflegekräfte. Das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Krankenhausstrukturgesetz sieht weitere Anreize vor, Pflegekräfte einzustellen. Die Finanzmisere vieler Kliniken wurde offenbar lange auf dem Rücken der Pflegekräfte ausgetragen.

Die positive Personalentwicklung bei den Ärzten geht dagegen vor allem auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2003 zurück. Ärztlicher Bereitschaftsdienst sei grundsätzlich als Arbeitszeit zu werten, entschieden die Richter. Für deutsche Kliniken bedeutete das einen Mehrbedarf an ärztlichem Personal. Aus dem vermeintlichen Ärzteüberschuss der 1980er- und 1990er-Jahre war ein Ärztemangel geworden. Dieser Mangel beschleunigte auch das Ende des ungeliebten Arztes im Praktikum, der 2004 abgeschafft wurde. Seitdem erhalten Mediziner nach Abschluss ihres Studiums wieder sofort die Approbation und können als Assistenzärzte arbeiten.

Christiane Badenberg